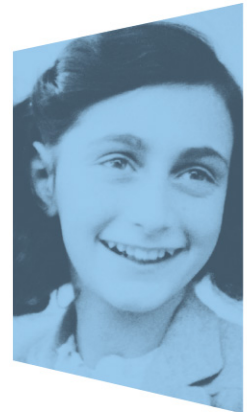


**Pressemitteilung**

31.10.2018



**„Lehrkräfte sollen nicht unpolitisch sein – sondern Kontroversen zulassen“**

*Streit an Schulen um Neutralitätsgebot: Mit ihren Melde-Plattformen im Internet sorgt die AfD vor allem für Einschüchterung von Pädagog\*innen*

FRANKFURT. Mit der Ankündigung, in weiteren Bundesländern Online-Plattformen einzurichten, auf denen Schüler\*innen ihre Lehrer\*innen melden können, wenn diese sich abwertend über die AfD äußern, hat die Partei abermals für Verunsicherung bei Pädagog\*innen gesorgt. „Vom Internetpranger bis zur Dienstaufsichtsbeschwerde – zahlreiche Aktionen zielen darauf ab, Lehrkräfte einzuschüchtern und an Schulen ein Klima der Angst zu schaffen“, sagt Dr. Meron Mendel, Direktor der Bildungsstätte Anne Frank.

In der Vergangenheit hatte die AfD bereits mehrere Dienstaufsichtsbeschwerden gegen Lehrer\*innen in Aachen, Hamburg und Bremen eingereicht, da diese angeblich gegen das Neutralitätsgebot verstoßen hätten. Außerdem existiert seit September die Online-Plattform „Aktion neutrale Schule“, auf der Hamburger Schüler\*innen ihre Lehrer\*innen melden können. Zuletzt hatten Mitglieder der Partei Briefe an Schulen verschickt, die dem Schulnetzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ angehören, in denen sie dem Netzwerk eine Nähe zu linksradikalen Organisationen unterstellten.

Offiziell erkläre die Partei immer wieder, sie wolle mit ihren Aktionen lediglich das **Neutralitätsgebot** an Schulen durchsetzen. Was die AfD allerdings unter politischer Neutralität von Lehrkräften verstehe, verfehlt laut Mendel den eigentlichen Anspruch: „Lehrkräfte sollen gar nicht politisch abstinent, das Klassenzimmer soll kein unpolitischer Ort sein: Es geht nicht darum, dass im Unterricht politische Stromlinienförmigkeit erzeugt wird, sondern darum, Schülerinnen und Schüler zu einem Diskurs aus Rede und Gegenrede zu befähigen.“

**Großer Bedarf an Schulen nach Beratung und Unterstützung**

Diese Prinzipien hält auch der Beutelsbacher Konsens fest, der seit 1976 als Leitprinzip des politischen Unterrichts an Schulen gilt: **„Der Beutelsbacher Konsens verpflichtet dazu, Streit und Kontroversen zu führen, um Jugendliche in ihrer Meinungsbildung zu stärken“**, erklärt Saba-Nur Cheema, Leiterin der Pädagogik in der Bildungsstätte Anne Frank. „Es geht also keineswegs darum, dass Lehrer\*innen keine Meinung haben oder zeigen dürfen – sondern dass sie eine kontroverse Diskussion und andere Meinungen zulassen müssen und ihre Schüler\*innen darin fördern sollen, eine eigene politische Perspektive zu entwickeln.“

Die Aktionen der AfD haben bereits zu Verunsicherung vieler Pädagog\*innen beigetragen. Dabei ist es gerade in Zeiten des erstarkenden Rechtspopulismus wichtig, dass Lehrer\*innen sich nicht davor scheuen, auch im Klassenzimmer menschenfeindliche Positionen zu entkräften, so Cheema weiter. „Da ist manchmal sogar mehr Haltung wünschenswert – auch im Sinne des Schutzes von betroffenen Schüler\*innen.“ In der Bildungsstätte

Anne Frank finden Lehrer\*innen Unterstützung und Beratung bei Fällen von rechten und rassistischen Äußerungen im Schulalltag: „Wir unterstützen Pädagog\*innen dabei, mit menschenfeindlichen Äußerungen umzugehen und ein vertrauensvolles, konstruktives Schulklima aufrecht zu erhalten. In jedem Fall sollte der Ort der Auseinandersetzung das Klassenzimmer sein – und kein Internet-Melde-Portal.“

### **Bildungsstätte Anne Frank – Zentrum für politische Bildung und Beratung Hessen**

Als Zentrum für politische Bildung und Beratung Hessen entwickelt die Bildungsstätte Anne Frank innovative Konzepte und Methoden, um Jugendliche und Erwachsene für die aktive Teilhabe an einer offenen und demokratischen Gesellschaft zu stärken. Dabei greifen wir in unserer politischen Bildungsarbeit aktuelle Diskurse und Konflikte auf und betreiben den Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis – u.a. mit der Tagungsreihe „Blickwinkel“ des antisemitismuskritischen Forums für Bildung und Wissenschaft. Fachkräfte erhalten Beratung in akuten Konfliktfällen sowie zum Umgang mit Radikalisierung und radikalisierten Jugendlichen. Mit zwei Beratungsstellen unterstützt die Bildungsstätte Anne Frank sowohl Betroffene von rechter und rassistischer Gewalt (response.) als auch Menschen, die Diskriminierung erfahren haben (ADiBe Netzwerk Hessen). Neben dem Lernlabor „Anne Frank. Morgen mehr.“ bietet die Bildungsstätte Anne Frank mit dem Mobilem Lernlabor „Mensch, Du hast Recht(e)!“ eine Wanderausstellung, die seit 2014 auf Tour ist. Nach dem Umbau an der Hansaallee in Frankfurt zeigen wir wieder wechselnde Sonderausstellungen und bieten ein abwechslungsreiches Informations- und Diskussionsprogramm.

[www.bs-anne-frank.de](http://www.bs-anne-frank.de)